

Kryptowährungen im Ukraine-Konflikt: Wie beide Kriegsparteien Bitcoin und Co. zu ihrem Vorteil nutzen können

Die Ukraine hat innert weniger Tage mehrere Millionen Dollar in Form von Kryptospenden eingenommen. Russische Akteure könnten die digitalen Währungen allerdings auch zur Umgehung von Wirtschaftssanktionen nutzen.

Lorenz Honegger

Russische Magnaten sind ein Ziel der Wirtschaftssanktionen des Westens. Im Bild: die Jacht des Industriellen Andrei Melnitschenko im Hafen von Monte Carlo. Dan Istitene / Getty

Kryptowährungen entwickeln sich im laufenden Ukraine-Krieg auf beiden Seiten zu einem ernstzunehmenden finanziellen Faktor. Nachdem westliche Länder in grossem Stil Sanktionen gegen Russland ergriffen haben, werden jetzt Befürchtungen laut, dass russische Regierungsvertreter, Magnaten und andere sanktionierte Personen Kryptowährungen zur Umgehung der Strafmassnahmen nutzen.

Die Befürchtung rührt daher, dass Bitcoin, Ether und andere Krypto-Assets nicht direkt von einer zentralen Behörde oder Regierung kontrolliert werden können, wenn sich nicht über eine offizielle Tauschbörse gehandelt werden.

Sanktionen greifen auch bei Kryptowährungen

Fabian Schär, Professor für Blockchain-Technologie an der Universität Basel, schliesst Umgehungsversuche nicht aus, betont aber gleichzeitig, die am stärksten verbreiteten Krypto-Assets wie Bitcoin und Ether seien mittlerweile derart stark mit dem globalen Finanzsystem vernetzt, dass sich die Wirtschaftssanktionen des Westens nicht einfach umgehen liessen.

Wenn etwa ein russischer Oligarch an einer regulierten Krypto-Tauschbörse seine Kryptobestände in Dollar umtauschen will, läuft im Hintergrund automatisch ein Geldwäscherei-Check ab, bei dem sich in der Regel zeigen würde, dass das Geld von einer sanktionierten Person stammt. Die Umwandlung von Bitcoin in Dollar würde blockiert.

Voraussetzung für eine erfolgreiche Sanktionsumgehung wäre daher, dass der Besitzer der Bitcoins diese über den sogenannten «Private Key», eine Art Passwort, direkt kontrolliert. Die sanktionierte Person müsste weiter sämtliche Transaktionen mit ihren Kryptobeständen über den Schwarzmarkt «over the counter» abwickeln, weil der gewöhnliche Cash-out über eine Tauschbörse vom Westen blockiert ist. «Bis jetzt habe ich aber keine Indizien für solche Transaktionen gesehen», sagt Schär im Gespräch mit der NZZ.

Auch der Präsident der amerikanischen Kryptobörse FTX hält eine Umgehung der Sanktionen über Kryptowährungen für anspruchsvoll. Für Einzelpersonen sei es schwierig, diese über zentralisierte Börsen in Fiat-Währungen umzuwandeln, ohne erwischt zu werden, sagt Brett Harrison gegenüber der

Nachrichtenagentur Bloomberg. FTX wird laut eigenen Angaben immer wieder von Strafverfolgungsbehörden aufgefordert, Gelder von bestimmten Krypto-Adressen zu blockieren.

Spendenaufruf aus Kiew

In der Ukraine hat die Regierung Kryptowährungen als eine Möglichkeit erkannt, um an zusätzliche finanzielle Mittel zu gelangen. Der offizielle Twitter-Account der Exekutive in Kiew hat am Samstag dazu aufgerufen, Spenden an eine Bitcoin-Adresse zu tätigen: «Stehen Sie an der Seite der Menschen in der Ukraine. Wir nehmen jetzt Spenden in Kryptowährungen an.»

Stand with the people of Ukraine. Now accepting cryptocurrency donations. Bitcoin, Ethereum and USDT.
BTC - 357a3So9CbsNfBBgFYACGvxxS6tMaDoa1P
ETH and USDT (ERC-20) -
0x165CD37b4C644C2921454429E7F9358d18A45e14— Ukraine / Україна (@Ukraine) February 26, 2022

Die Skepsis in der Krypto-Community in Bezug auf den Spendenaufruf war zunächst erheblich. «Mein allererster Gedanke, als ich den Tweet der ukrainischen Regierung gesehen habe, war: Okay, das ist jetzt wahrscheinlich ein Betrug», sagt Schär. In der Folge hätten danach aber zahlreiche Persönlichkeiten aus dem Umfeld der ukrainischen Regierung die Authentizität der Adresse bestätigt.

Mittlerweile sind über zehn Millionen Dollar auf verschiedenen Krypto-Adressen in Form von Bitcoin, Ether und Tether eingegangen. Schär hält die grosse Spendenbereitschaft für eindrücklich. «Das hätte ich nicht gedacht. Die Unterstützungsbereitschaft scheint sehr gross zu sein.» Dass eine Regierung einen Spendenaufruf zur Überweisung von Kryptowährungen starte, sei ein Novum.

Anhand der öffentlich einsehbaren Transaktionen der Kiewer Regierung lasse sich sagen, dass diese die Kryptowährungen offensichtlich an Tauschbörsen in reguläre Währungen umtausche. Dass etwa Bitcoin direkt zum Kauf von Nahrungsmitteln oder Waffen genutzt werde, sei unwahrscheinlich.

Ein Risiko, das in Zusammenhang mit Kryptospenden besteht, ist, dass im Fall eines Sturzes der ukrainischen Regierung die zu diesem Zeitpunkt noch vorhandenen Bestände an Kryptowährungen in die Hände der russischen Besatzer fallen könnten. «Entscheidend ist immer, wer den Private Key kontrolliert, der einen zu Transaktionen ermächtigt», so Schär.

Aufgrund der von der ukrainischen Regierung verwendeten Bitcoin-Adresse sei es wahrscheinlich, dass Transaktionen von mehreren Personen bestätigt werden müssten – eine 100-prozentige Sicherheit gebe es aber nicht. Wichtig sei, dass man einerseits selbst über das Passwort Zugriff auf die Krypto-Adresse habe und gleichzeitig niemand anders darauf zugreifen könne. «Sonst sind die Assets weg», sagt Schär.

Schär glaubt, dass die von Kiew gestartete Spendenaktion wegweisend für die Zukunft sein könnte, wenn sich die

Regierung so zusätzliche finanzielle Mittel erschliessen könne.
«Wenn die Mittel allerdings in die Hände der Russen fallen, wäre es ein extremes Negativbeispiel. Das wird sich erst zeigen.»

Iran als zweifelhaftes Vorbild

Ein anderer geopolitischer Krisenherd, wo Kryptowährungen laut Berichten bereits eine erhebliche Rolle spielen, ist Iran. Laut dem Blockchain-Analyseunternehmen Elliptic umgeht die Regierung in Teheran über das Schürfen von Kryptowährungen die globalen Wirtschaftssanktionen zu einem erheblichen Ausmass. Iran habe erkannt, dass aufgrund der Sanktionen nicht exportierbares Gas und Erdöl zu günstiger Elektrizität und damit über das Schürfen von Bitcoin zu Bargeld gemacht werden könne.

Die Aussicht auf billigen Strom für das Bitcoin-Schürfen habe beträchtliche Investitionen aus dem Ausland angezogen,

insbesondere aus China. Mehrere chinesische Unternehmen hätten Schürflizenzen erhalten und sich in dem Land niedergelassen. Diese wiederum sind verpflichtet, die Bitcoins an die iranische Zentralbank zu verkaufen.

«Das ermöglicht es dem Land, Handelsembargos zu umgehen und Hunderte von Millionen Dollar an Kryptowährungen zu verdienen, die zum Kauf von Importen und zur Umgehung von Sanktionen verwendet werden können», heisst es in einem Blog-Beitrag, der die jährlichen Einnahmen auf bis zu eine Milliarde Dollar beziffert.

Passend zum Artikel